

## Nr. 47

### Antrag der Fraktion der CDU.

Betr.: **Aufbringung des Schlachtviehes.**

Die gegenwärtig für die Schlachtviehablieferung gehandhabte Umlage nimmt auf die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen keinerlei Rücksicht. Das hat zu Eingriffen in Klein- und kleinstbäuerliche Betriebe geführt, die sich zu einer Gefährdung der Bodenbestellung schon jetzt auswirken. Im Kreise Fulda z. B., besonders im Gebiete der Hohen Rhön und des Vogelsberges, machen diese Betriebe von 1 bis 5 ha 53% der Anbaufläche aus. Die Zahl der Fahrkühle und Rinder beträgt 10 200 oder 25% des Gesamtviehbestandes über 3 Monate. Ähnlich dürfte es auch in den anderen Gebirgskreisen von Groß-Hessen sein.

Wir beantragen daher:

das Statsministerium zu ersuchen, die als Fahrkühle benutzten Tiere in den Betrieben bis 5 ha bei der Berechnung der Umlage außer Betracht zu lassen.

## Nr. 48

### Dringlichkeits-Antrag der Fraktion der SPD.

Betr.: **Überführung der I. G. Farben in Gemeineigentum.**

Die Sozialdemokratische Fraktion der Verfassungberatenden Landesversammlung beantragt:

Die Landesversammlung wolle beschließen:

Die Großhessische Staatsregierung wird ersucht, die schwebenden Verhandlungen über das Eigentum und Vermögen der früheren I. G.-Farbenindustrie mit dem Ziele einer Überleitung in Gemeineigentum zu führen.

Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen Rechtsträgern zustehen, welche Gewähr dafür bieten, daß das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtzusammenballungen vermieden werden.

## Nr. 49

### Antrag des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuß beantragt, die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle folgende Erklärung beschließen:

Die Verfassungberatende Landesversammlung begrüßt die Rede des Herrn amerikanischen Staatssekretärs, mit der er, nach den Erklärungen der Pariser Außenminister Konferenz, am 6. September 1946 in Stuttgart die deutsche Frage nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die Welt erneut aufgerollt hat.

Vor allem begrüßt sie die Feststellung, daß das deutsche Volk an der Lösung aller es angehenden Fragen selbst mitwirken soll.